

| | | | | |
|--|-------------------------------|---------------------|---------------|---------|
| Antrag | Vorlage-Nr: | VO/2021/7154 | | |
| | Öffentlichkeitsstatus: | öffentlich | | |
| Zukunftsfähige Arbeitsplätze am attraktiven Wirtschaftsstandort Osnabrück / Antrag der CDU-Fraktion | | | | |
| Beratungsfolge: | | | | |
| Gremium | Datum | Sitzungsart | Zuständigkeit | TOP-Nr. |
| Verwaltungsausschuss | 13.07.2021 | N | Vorberatung | |
| Rat der Stadt Osnabrück | 13.07.2021 | Ö | Entscheidung | |

Beschluss:

- Die Stadt Osnabrück bildet mit über 97.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einen starken Wirtschaftsstandort. Die Zahl dieser Arbeitsplätze ist in den letzten acht Jahren um rund 15 % gewachsen. Über 57.000 Einpendler und 26.000 Auspendler prägen die Wirtschaftsregion Osnabrück. Die Nachrichten über Arbeitsplatzabbau bei KME in Osnabrück und Homann in Dissen stellen aber Alarmzeichen dar. Es gilt deswegen, weiterhin zukunftsfähige Arbeitsplätze an einem attraktiven Wirtschaftsstandort Osnabrück zu schaffen:
- Standortvorteil als Wissenschaftsstadt betonen sowie Gründungs- und Startup-Förderung ausbauen.
Das Profil Osnabrücks als Wissenschaftsstadt muss weiter gestärkt werden. Universität, Hochschule und anwendungsnahe Forschungseinrichtungen, die Impulsgeber für Innovationen und Arbeitsplätze sind, sollen gemeinsam mit der Stadt das Profil Osnabrücks in Zukunftsthemen ausbauen.
Das reicht von der Künstlichen Intelligenz, Agrar-Technik, Material- und Werkstoffforschung bis hin zu Digitalisierung, Mobilität und Gesundheit. Die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft muss weiter forciert werden. Mit dem Wissenschaftspark, dem ICO, dem Seedhouse und dem Osnabrück Healthcare Accelerator ist Osnabrück auf gutem Weg.
Die Außenvermarktung des Gründungs- und Startup-Standortes Osnabrück muss koordiniert und einheitlich gestaltet werden.
Die WFO soll eine digitale Anlaufstelle für Gründungsinteressierte entwickeln, welche Informationen und Unterstützungsangebote bündelt und eine gemeinsame Dachmarke schafft.
- Mit vorausschauender Gewerbeflächenentwicklung und technologieorientierten Ansiedlungen zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.
Der nachhaltige Umgang mit Fläche muss Markenzeichen unserer Ansiedlungspolitik sein.
Osnabrück wird bei Ansiedlungen den Fokus auf wachsende, technologieorientierte und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen mit einem hohen Arbeitsplatzpotenzial legen. Neue Gewerbestandorte werden mit Zukunftsthemen verknüpft. Die Entwicklung des Limbergs zu einem Smart Business Park stellt ein besonders gelungenes Beispiel dar. Um hier 3.000 neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen zu lassen, darf es keine Flächenreduzierung für das Gewerbegebiet geben.
Im Gegenteil: Osnabrück braucht bis 2030 20 ha weitere Gewerbeflächen. Das können auch Industriebrachen wie das Gelände des ehemaligen Stahlwerks IAG Magnum und interkommunale Gewerbegebiete sein.

4. Investitionshemmnisse abbauen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Ein entscheidender Faktor für die Umsetzung von Innovationen zugunsten neuer Arbeitsplätze ist Tempo: Innovationen und Investitionen dürfen nicht durch zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst werden.

Bauleitplanverfahren sollten im Regelfall nicht länger als zwei Jahre und Baugenehmigungsverfahren nach vollständiger Einreichung der Unterlagen nicht länger als acht Wochen dauern.

Die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren ist deshalb systematisch voranzutreiben.

Die Verwaltung legt einen Bericht zur Verfahrensdauer und zu den Optimierungs- und Digitalisierungspotentialen in Planungs- und Genehmigungsverfahren vor.

Das neue Lokviertel der Coppenrath-Stiftung soll ein Modell der schnellen und digitalen Prozesse sowie Genehmigungsverfahren werden.

5. Das Thema Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort stärker verankern und Wirtschaftsförderung weiter stärken.

In den Ausschüssen und im Rat sollen regelmäßig Berichte zur Entwicklung der Arbeitsplätze und der Wirtschaft gegeben werden.

Neue Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung müssen Chefsache im Rathaus sein.

Ratsvorlagen sollen nicht nur Integrations-/Gleichstellungspolitische Auswirkungen und Auswirkungen auf den Klimaschutz aufzeigen, sondern auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Osnabrück.

Die WFO wird zukünftig noch stärker in die Informations- und Entscheidungsprozesse der Stadt einbezogen.

6. Die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Osnabrück mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen müssen stimmen.

Dazu zählen:

- Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch den Lückenschluss der A 33 und der damit erreichbaren Verlegung der B 68 aus der Stadt und einem LKW-Durchfahr-Verbot
- Der Erhalt des FMO als Tor zur Welt für unsere Wirtschaft
- Die Erreichbarkeit der Innenstadt für Arbeitnehmer sowie Kunden und Touristen gerade für Handel, Gastronomie, Hotellerie und Kultur nach Corona
- Keine Steuererhöhungen für Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger. Nach eineinhalb Jahren Einbußen soll ein neuer Aufschwung ermöglicht werden
- Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Hochschulabsolventen stärker an Osnabrück gebunden werden, u. a. durch Vernetzung der Unternehmen mit den Hochschulen und ein Profil als Stadt mit Lebensqualität

Begründung:

- erfolgt mündlich

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:

Hochschul- und Wirtschaftsstadt - stark -sozial-innovativ (Ziel 2021-2030)

Handlungsfähige Stadt - stabil-bürgernah-leistungsfähig (Ziel 2021-2030)

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender